

**14
78**

Union in Deutschland

Bonn, den 6. April 1978

Verachtung des Bürgers

Der gegenwärtige Bundeskanzler hat in diesen Tagen einmal mehr unter Beweis gestellt, daß er den Bürger und Wähler im Grunde verachtet. Die SPD — so befand Schmidt unlängst vor hessischen Genossen — müsse „im Interesse des europäischen Friedens“ Regierungspartei bleiben: nicht nur in Hessen, sondern auch in Bonn. Europa könne es sich nicht leisten, daß die Bundesrepublik nicht mehr von Sozialdemokraten regiert werde.

Wer mit dem Rücken zur Wand steht, stellt Helmut Kohl hierzu fest, verfällt oft in Panik. Aber mit der Behauptung, der „europäische Friede“ gebiete eine Stimmabgabe zugunsten der SPD, werden die freien Bürger unseres Landes auf so unerträgliche Weise beleidigt, daß sich die Frage nach dem Staats- und Demokratieverständnis des Bundeskanzlers stellt. Wer in einer parlamentarischen Demokratie von der eigenen Partei sagt, daß nur sie ein Anwalt und Garant des Friedens sei, gibt nicht nur zu erkennen, daß ihm sämtliche Maßstäbe verlorengegangen sind; er muß auch wissen, daß er denen nach dem Munde redet, die aus unserem freiheitlichen Rechts-

Weiter auf Seite 2

- **RENTEN-AKTION**
Soziale Reformen vor dem Zugriff der SPD retten. Seite 5
- **BUNDESWEHR**
Begründung für Apels Entscheidung unbefriedigend. Seite 7
- **JUGENDHILFE**
Mehrkosten für Kommunen müssen aufgefangen werden. Seite 8
- **BRESCHNEW**
Was die Regierung dem KP-Chef sagen sollte. Seite 11
- **TERRORISMUS**
Lehren aus Italien ziehen. Seite 12
- **WIRTSCHAFT**
Beschlüsse der SPD demonstrieren die Soziale Marktwirtschaft. Seite 15
- **UiD-EXTRA**
Tips für kritisches Fernsehen. gelber Teil
- **ÖÄ**
Neue Informations- und Werbemittel für die Parteiarbeit. rosa Teil
- **DOKUMENTATION**
Verwaltete Bürger — Gesellschaft in Fesseln. grüner Teil

Fortsetzung von Seite 1

staat eine „andere Republik machen wollen.“

Aber es ist ein altes Lied seit 1969: Wann immer die SPD in Gefahr geriet, die Regierungsmacht einzubüßen, griff sie zur demagogischen Keule und nahm zur Wählernötigung Zuflucht. Brandt scheute sich nicht, von einem „Anschlag auf die Demokratie“ zu reden, als im Herbst 1970 drei Abgeordnete der FDP das Regierungsbündnis verließen; Wehner kündigte für den Fall des Scheiterns der Regierung ein „Desaster“ für unseren Staat an; Kühn drohte 1975, die zweite deutsche Republik werde „unregierbar“, wenn die SPD geführte Regierung in Nordrhein-Westfalen abgewählt werden sollte; im gleichen Jahr verleumdeten Brandt die parlamentarische Opposition als „Sicherheitsrisiko für unser Land“.

Und Schmidt? 1976 mußte ihm ein deutsches Gericht die ungeheuerliche Unterstellung verbieten, Politiker der Union hätten gefordert, in die DDR „zurückzuschießen“ und „auch mal einen von drüben abzuknallen“. 1977 schreckte Schmidt nicht vor dem Satz zurück, ein Regierungswechsel in Bonn werde „soziale Unruhen“ nach sich ziehen.

Jetzt verkündet er, der europäische Friede sei in Gefahr, wenn die SPD nicht mehr den Kanzler stellen dürfe. Da erhebt sich doch die Frage: Wann wird dieser Bundeskanzler den stauenden Bürgern in unserem Land erklären, nur ein Wahlerfolg der SPD könne den Weltfrieden retten?

Schmidts Vorgehen verrät, in welchem Geist die SPD die kommenden Landtagswahlkämpfe bestreiten will. Doch ich bin sicher: Der Wähler wird dem unwürdigen Manöver, das Schmidt und die SPD inszenieren, die Antwort erteilen, die es verdient.

Wer im Andersdenken — so hat Bundespräsident Scheel einmal gesagt — nicht mehr den politischen Gegner sehe, der Achtung verlangen könne, sondern nur noch den politischen Feind, der mit allen Mitteln zu bekämpfen sei, zeige nur, daß sein eigenes Demokratieverständnis schwach entwickelt sei. Ich habe dieser Einschätzung der SPD-Wahlkampfmethoden durch den Bundespräsidenten nichts hinzuzusetzen. Wählernötigung mit dem Ziel der Herabwürdigung aller Andersdenkenden ist Bürgerverachtung. Sie richtet sich selbst.

■ INFORMATION

Euro-Konferenz über Familienfragen

Auf Einladung der CDU-Bundesgeschäftsstelle trafen sich am 30./31. März 1978 Vertreter von 16 konservativen und christlich-demokratischen Parteien aus den europäischen Staaten in Bonn zu einem Erfahrungsaustausch über die Familienpolitik in ihren Län-

dern. Nach einer Bestandsaufnahme formulierten alle Konferenzteilnehmer unter dem Vorsitz des deutschen Delegationsleiters, Ulf Fink, Hauptabteilungsleiter Politik der CDU-Bundesgeschäftsstelle, fünf Thesen, die die gemeinsamen Grundsätze konservativer und christlich-demokratischer Parteien zur Familienpolitik enthalten. U. a. heißt es darin: Ehe und Familie haben sich als die beständigsten Formen menschlichen Zusammenlebens erwiesen. Weder der Staat noch andere gesellschaft-

liche Lebensformen können sie ersetzen. Es ist eine zentrale politische Aufgabe, die Familie in jeder Hinsicht zu stärken.

Die wirtschaftliche Sicherung der Familie muß eines der Ziele jeder Familienpolitik sein. Die Erwerbseinkommen sind allein auf die Leistungen im Beruf bezogen und können daher den unterschiedlichen Größen und Lebensverhältnissen von Familien nicht Rechnung tragen. Ergänzende Leistungen des Familienlastenausgleichs sind daher unverzichtbar.

Katalog familienfördernder Maßnahmen

Ein Thesenpapier zur Familienpolitik hat die familienpolitische Kommission der CDU/CSU-Fraktionen in den Länderparlamenten in Hannover erarbeitet. Das Papier enthält einen konkreten Katalog familienfördernder Maßnahmen, die von Bund und Ländern ergriffen werden sollen. Die Kommission war auf der Vorjahreskonferenz der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden gebildet worden. Die Kommissionsmitglieder halten die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland für höchst bedrohlich und sehen es als dringend erforderlich an, daß materiell und ideell erheblich mehr für die Familie getan wird als in den letzten Jahren. Das Papier wird der nächsten Fraktionsvorsitzenden-Konferenz, die vom 19. bis 21. April in Bad Harzburg stattfindet, zur Beratung und Verabschiedung vorgelegt werden.

Tarifreform längst überfällig

Die CDU/CSU-Fraktion hat im Finanzausschuß die Bundesregierung aufgefordert, zum Abbau des Tarifsprungs beim Übergang von der Proportional- zur Progressionszone den Entwurf

eines neuen Einkommensteuertarifs, der in keinem Einkommensbereich zu höheren Durchschnitts- oder Grenzsteuerbelastung führen darf, so rechtzeitig vorzulegen, daß dieser Tarif zum 1. Januar 1979 in Kraft gesetzt werden kann. Die CDU/CSU will damit die inflationsbedingten heimlichen Steuererhöhungen auch in Zukunft bekämpfen. 1978 und 1979 wachsen erneut 2,5 Millionen Arbeitnehmer in die mit 30,8 Prozent beginnende Steuerprogression hinein. Damit werden mehr als die Hälfte aller Lohnsteuerzahler durch die Steuerprogression erfaßt. Nachdem SPD und FDP die von der Union schon zum 1. Januar 1978 geforderte Tarifreform verhindert haben, muß nun wenigstens zum 1. Januar 1979 ein arbeitsfreundlicher Lohn- und Einkommensteuertarif geschaffen werden, der den scharfen Tarifsprung von 22 auf 30,8 Prozent verhindert.

Fiskus kassiert fast 10 v. H. mehr Steuern

Rund 41 Mrd. DM an Steuern hat der Staat in den Monaten Januar und Februar eingenommen. Wie das Bundesfinanzministerium mitteilte, waren dies etwa 3,5 Mrd. DM oder 9,5 Prozent mehr als in den beiden entsprechenden Monaten des Vorjahres. Davon standen dem Bund 21,3 Mrd. DM, den Ländern 15,5 Mrd. DM und den Gemeinden 2,4 Mrd. DM zu. Die restlichen 1,8 Mrd. DM flossen in die Kasse der Europäischen Gemeinschaften.

Frauen bereiten sich auf Europawahlen vor

Nach der Sitzung des Vorstandes der Europäischen Frauen-Union in London erklärte die Vizepräsidentin der EFU, Marlene Lenz, die EFU verfolge mit großem Interesse die Vorbereitung der

Europäischen Direktwahlen und begrüße die Initiative der CDU-Frauenvereinigung, mit ihrer Kampagne „Frauen für Europa“ das Interesse der Wählerinnen an diesem Ereignis zu wecken. Die EFU hat beschlossen, ihre Generalversammlung 1979 unter das Arbeitsthema Kind—Familie—Gesellschaft zu stellen und damit ihre Auffassung von der zentralen Bedeutung der Familie in unserer Gesellschaft deutlich zu machen. Breiten Raum nahm bei der Vorstandssitzung auch die enge Zusammenarbeit zwischen christlich-demokratischen und konservativen Frauenorganisationen der EFU und Union Christlich-Demokratischer Frauen (UCDF) ein.

Zur Vermeidung von Öltanker-Katastrophen

Eine Arbeitsgruppe zum Thema „Tankerunfälle“ hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gebildet. Diese Arbeitsgruppe steht unter dem Vorsitz des niedersächsischen CDU-MdB Wolfgang von Geldern. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat seit Jahren eine Verbesserung des Sicherheitsstandards für Tankschiffe gefordert. Die jetzt gebildete Arbeitsgruppe soll Vorschläge ausarbeiten, wie eine bessere Sicherung vor Ölkatstrophen erreicht werden kann. Nach Vorlage des Berichts der Kommission wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in dieser Frage im Bundestag aktiv werden.

Studienplatztausch-Aktion mit Rekord-Erfolgsquote

Mit der bisher höchsten Erfolgsquote von fast 40 Prozent konnte der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) in diesen Tagen seine 7. Studienplatztausch-Aktion, die größte ihrer Art in der Bundesrepublik, abschließen. Insgesamt wurden über 2 500 Wünsche

nach einem Wechsel des Studienortes bei der RCDS-Tauschzentrale in Bonn registriert. Besonders in den „harten“ Numerus-clausus-Fächern wie Medizin war die Erfolgsquote der Tauschaktion durch eine rapide Zunahme der Tauschwünsche auf teilweise über 50 Prozent gestiegen.

Die achte Studienplatztausch-Aktion des RCDS läuft seit dem 1. April 1978 an. Studenten, die zum Wintersemester 1978/79 den Studienort wechseln möchten, können die erforderlichen Unterlagen beim RCDS-Bundesvorstand, Jagdweg 7, in Bonn und bei allen RCDS-Hochschulgruppen erhalten und kostenlos an der Tauschaktion teilnehmen.

Doppelbestrafung für Kraftfahrer

Eine „Doppelbestrafung für Kraftfahrer beim Entzug der Fahrerlaubnis“ hält der hessische CDU-Landtagsabgeordnete Dieter Weirich für nicht länger vertretbar. In Wiesbaden wies Weirich auf die „problematische Doppelzuständigkeit von Strafrichter und führerschein-ausstellender Verwaltungsbehörde“ hin: Ein Kraftfahrzeugführer, dem durch den Strafrichter die Fahrerlaubnis entzogen worden sei, riskiere eine zusätzliche Bestrafung, wenn er sich um eine neue Fahrerlaubnis bemühe. Es könne beispielsweise passieren, daß einem wegen einer Verkehrsstrafsache Angeklagten durch Gerichtsurteil die Fahrerlaubnis auf sechs Monate entzogen werde, er aber erheblich länger ohne Fahrerlaubnis bleibe, weil die Verwaltungsbehörde, die für das Ausstellen von Führerscheinen zuständig sei, die Entzugsfrist nach eigenem Ermessen um einiges verlängern könne. Dies sei mittlerweile bei rund 90 Prozent der Verurteilungen der Fall.

■ RENTEN-AKTION

Soziale Reformen vor dem Zugriff der SPD retten

Mit der „Aktion: Sichere Renten — gegen Wortbruch und Willkür“ befindet sich die CDU nun auch im vorparlamentarischen Raum in der politischen Offensive. Alle bedeutenden Sozialverbände, einschließlich der Gewerkschaften, haben sich in der Sache zu uns bekannt, stellt Heiner Geißler fest. Die Protestkundgebung am 2. März in Bad Godesberg war ein voller Erfolg. Erfolg und Anklang dieser Veranstaltung in Partei und Öffentlichkeit haben uns veranlaßt, zwei weitere Großkundgebungen im Ruhrgebiet und Rhein-Main-Gebiet vorzubereiten.

In der Bevölkerung und bei den Wählern wächst die Erkenntnis, daß es jetzt darauf ankommt, eine der wichtigsten sozialen Reformen vor dem Zugriff der SPD zu retten. Die größte sozialpolitische Reform der Nachkriegszeit, die Rentenreform von 1957, darf nicht ausgehöhlt und zerstört werden.

Der Erfolg unserer Aktion und die Durchschlagkraft unserer Argumente hängen entscheidend von Ihrer Mitarbeit ab, schreibt Heiner Geißler in einem Brief an alle Abgeordneten der Union im Bundestag und in den Landtagen. Es kommt jetzt darauf an, die Anfangserfolge dauerhaft zu sichern. Die Bereitschaft zum Engagement und Protest gegen die Rentenpläne der Bundesregierung ist groß. Führen Sie des-

halb bitte in Ihren Orts- und Kreisverbänden Nachmittagsveranstaltungen mit älteren Bürgern durch. Erläutern Sie unsere Position in der Rentenfrage und bitten Sie auch kommunale Mandatsträger, entsprechende Veranstaltungen durchzuführen.

SPD/FDP haben unsere älteren Mitbürger im Stich gelassen und Millionen Wähler mit unseriösen Wahlversprechen getäuscht. Wir müssen ihnen eine politische Heimat geben.

Der NRW-Sozialminister Farthmann (SPD) hat inzwischen die Katze aus dem Sack gelassen. In einem Interview mit der WAZ vom 22. März 1978 fordert er „mit großem Nachdruck“, die Renten in Zukunft nicht mehr an die Bruttolöhne zu koppeln und die Bruttoanpassung „nicht länger wie einen Heiligenschrein vor sich herzutragen“, sondern das Nettoprinzip einzuführen. Das heutige Bezeichnungssystem beschimpft er als absurd, die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst will er ab sofort umstellen.

Hierzu MdB Adolf Müller-Remscheid, Sprecher der Arbeitnehmergruppe der Bundestagsfraktion:

1. Krasser und unverblümter kann man die Abschaffung der bruttolohnbezogenen dynamischen Rentenformel nicht mehr fordern. Farthmann sagt öffentlich, was viele Sozialisten jetzt noch nicht äußern. Die Konsequenz einer sol-

chen schamlosen Politik heißt: weg mit dem leistungsbezogenen Versorgungsanspruch des Rentners, weg mit der Selbstverwaltung der Rentenversicherungsträger, weg mit der jährlichen dynamischen Anpassung der Renten an die wirtschaftliche Entwicklung. Im Klartext: Abschaffung unseres bewährten Rentensystems.

② Farthmann und seine sozialistischen Genossen beschreiten den Weg in die Einheitsversicherung, die dem persönlichen Einfluß des Beitragszahlers nicht mehr unterliegt. Die sozialistische Absicht, alle und alles über einen Kamm zu scheren, ist jetzt offen durch den ehrlichen Farthmann zutage getreten. Die jahrelange Verschleierungstaktik der Bundesregierung ist zerrissen.

③ Die CDU/CSU wird sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln diesem Betrugsmanöver und dieser unerträglichen Manipulation der Rechtsansprüche des Bürgers widersetzen.

Von den Gewerkschaften erwarte ich, daß sie wie ein Mann gegen diese schreckliche Verunsicherung der Millionen Rentner zu Felde ziehen. Bundeskanzler Schmidt fordere ich auf, unverzüglich Klarheit für die Betroffenen zu schaffen. Was die Sozialisten den Rentner an Verunsicherung, an Opfern und an Angst zumuten, übersteigt das Maß des Erträglichen.

MdB Albrecht Hasinger weist darauf hin, daß die Äußerungen von Farthmann auch eine eindeutige Brüskierung der FDP sind. Die FDP vertritt den richtigen Gedanken eines Krankenversicherungsbeitrages für Rentner. Krankenversicherungsbeitrag und Nettolohnanpassung schließen sich jedoch aus. Denn nur, wenn die Renten wie Bruttolöhne behandelt werden, ist eine Belastung mit

einem Krankenversicherungsbeitrag gerechtfertigt. Der FDP müßte deutlich werden, daß sie mit dieser SPD ihre Vorstellungen über einen Krankenversicherungsbeitrag der Rentner nicht verwirklichen kann.

Bereits in der Rentendebatte des Bundestages waren in diesem Punkt Differenzen zwischen den Rednern von FDP und SPD festzustellen. Während sich die Sprecher der FDP für einen Beitrag aussprachen, der die individuelle Einkommenssituation und Kassenzugehörigkeit des Rentners berücksichtigt, sprachen Redner der SPD von generellen Abzügen entsprechend der Durchschnittsbeiträge.

Noch schwerwiegender sind offenkundige Unterschiede in grundsätzlichen Positionen der Gesellschaftspolitik. SPD-Redner Glombig betonte im Bundestag die „eigenständigen Ziele“ der Sozialpolitik. Demgegenüber rückte der Abgeordnete Schmidt-Kempten (FDP) zutreffend die Zusammenhänge zwischen Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik in den Vordergrund.

In der Tat ist ein großer Teil der gegenwärtigen Schwierigkeiten auf allen Feldern der sozialen Sicherung darauf zurückzuführen, daß jahrelang eine isolierte Betrachtung der Sozialpolitik vorherrschte und die gegenseitige Abhängigkeit von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik geleugnet wurde.

Im Grunde sind die rentenpolitischen Vorstellungen der FDP und SPD unvereinbar. Denn im Hintergrund der sozialdemokratischen Politik steht nach wie vor die Lösung der Renten von den Beiträgen und damit der Schritt von der Versicherung zur einheitlichen Staatsbürgerversorgung. Die FDP sollte sich überlegen, wie lange sie diese Tendenzen noch unterstützen will.

■ BUNDESWEHR-REFORM

Begründung für Apels Struktur-Entscheidung ist unbefriedigend

Die CDU/CSU hat mit Verwunderung zur Kenntnis genommen, daß der Bundesminister der Verteidigung, Hans Apel, die geplanten Änderungen in der Gesamtstruktur der Bundeswehr erheblich revidiert hat. Sie bedauert, daß Apel diese wichtige Entscheidung ohne Beteiligung des Verteidigungsausschusses getroffen hat und erwartet, daß bei den angeordneten Überlegungen zum Heeresmodell 4 die Mitglieder des Ausschusses rechtzeitig informiert und gehört werden, heißt es in einer Erklärung des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willi Weiskirch.

Der sicherheitspolitische Sprecher der CDU/CSU, Manfred Wörner, hat sich ebenfalls kritisch über die ersten wichtigen Entscheidungen des neuen Verteidigungsministers geäußert. In einem Interview der Deutschen Presse-Agentur erklärte Manfred Wörner, gegen die Beschlüsse zur Bundeswehr- und Heeresstruktur habe er „im Ergebnis nichts einzuwenden“. Die Begründung allein mit fiskalischen Gesichtspunkten halte er allerdings für unbefriedigend. Ob und gegebenenfalls welche Strukturänderungen der Bundeswehr erforderlich seien, richte sich nach der militärischen und politischen Zweckmäßigkeit und nicht nur nach fiskalischen Überlegungen.

Für sehr dringend hält Wörner Entscheidungen von Apel über die Verbesserung der Ausbildung, die Beseitigung des Beförderungsstatus, die Bereinigung des Zulagewesens und den Dienstzeitausgleich. Weitere wichtige Aufgaben seien die Verbesserung der Gesamtverteidigung und ein neues Reservistenkonzept.

Manfred Wörner, Vorsitzender des parlamentarischen Untersuchungsgremiums im Spionagefall Lutze/Wiegel, sagte, die Arbeit des Ausschusses widerlege die weitverbreitete Auffassung, daß bei solchen Gremien nichts herauskomme. Schon jetzt habe der Ausschuß wichtigste Erkenntnisse zutage gefördert, die der Öffentlichkeit sonst verborgen geblieben wären.

Ohne der abschließenden Bewertung durch den Ausschuß vorgreifen zu wollen, ergeben sich schon jetzt folgende Forderungen für Konsequenzen, die zu ziehen sind:

1. Die Notwendigkeit schärferer Sicherheitsvorkehrungen im Verteidigungsministerium.
2. Die Verbesserung der Informationsstränge zwischen politischer und militärischer Führung.
3. Die Bereinigung der unerträglichen Spannungen zwischen dem Führungsstab der Streitkräfte und dem Militärischen Abschirmdienst.
4. Eine intensivere Dienstaufsicht und Kontrolle.

■ JUGENDHILFE

Mehrkosten für Kommunen müssen aufgefangen werden

In der Bundesregierung wird ein neues Jugendhilferecht vorbereitet. Die Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) der CDU und CSU Deutschlands, die jetzt 100 000 Kommunalpolitiker der beiden Unionsparteien vertritt, hat sich in ihren zuständigen Gremien eingehend mit dem Referentenentwurf befaßt. Dazu stellte Horst Waffenschmidt, Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung fest:

Die Kommunalpolitiker der Union begrüßen jede Initiative, die geeignet ist, der Jugend und der Familie echte Hilfe zu leisten. Dabei müssen aber folgende Grundsätze berücksichtigt werden:

① Der Vorrang freier Träger der Jugendhilfe muß gesichert bleiben. Die öffentliche Hand soll nicht an sich ziehen, was Menschen unmittelbar miteinander füreinander tun können. Ein großer Jugendverwaltungsapparat mit neuen Richtlinien und Verordnungen hilft niemandem, am wenigsten dem einzellen jungen Menschen. Freie Träger im kirchlichen und sozialen Bereich müssen verstärkt unterstützt werden, um ihrerseits da zu helfen, wo Hilfe notwendig ist. Freie Träger sollten dazu neu ermutigt werden; denn gerade viele junge Menschen brauchen menschliche Zuwendung und auch einmal Spontaneität der Hilfe, die eine Verwaltungseinrichtung oft ihrer Natur nach nicht leisten kann.

② Die Erziehungskraft der Familie muß gestärkt werden. Versäumnisse einzelner Eltern dürfen nicht dazu führen, daß der Staat über Jugendämter und Vormundschaftsgerichte eine Überzuständigkeit für die Wahrung des Kindeswohles erhält, die geeignet ist, zusätzliche Konflikte in die Familien hineinzutragen. Eingriffe des Staates müssen die begründete Ausnahme im Einzelfall sein. So muß auch die Gesetzesystematik beschaffen sein. Gerade in einer Zeit, wo Eltern wieder ermutigt werden sollen, Kinder zu haben und zu erziehen, wären gesetzliche Vorschriften von großem Übel, die den Eltern die Sorge bereiten müßten, daß sie sich in Zukunft für Erziehungsvorgänge in zunehmendem Maße vor Behörden zu rechtfertigen haben. Dies ist in engem Zusammenhang mit den Beratungen des Bundestages zum elterlichen Sorgerecht zu sehen.

③ Das geplante Jugendhilferecht der Bundesregierung bringt jährliche Mehrkosten für die Städte, Gemeinden und Kreise von rd. 1 Milliarde DM. Diese Mittel können die kommunalen Körperschaften bei ihrer ohnehin schon schwierigen Finanzsituation allein nicht aufbringen. Es muß deshalb gefordert werden, daß die Mehraufwendungen der örtlichen Jugendhilfeträger bei der Durchführung des Jugendhilfegesetzes durch eine Verstärkung der kommunalen Finanzausstattung ausgeglichen werden.

Die kommunalen Spitzenverbände berufen sich mit Recht auf die Ausführungen des Bundeskanzlers in seiner Regierungserklärung am 16. Dezember 1976, wonach die Bundesregierung sich bemühen werde, den Gemeinden keine zusätzlichen finanziellen Belastungen ohne entsprechenden Ausgleich zuzumuten.

■ KOALITION

„Konzertierte Aktion“ mit Moskau

Der SPD-Bundesgeschäftsführer, Egon Bahr, hat mit seinen — beinahe täglichen — Attacken auf die Neutronenwaffe eine eigenartige „Konzertierte Aktion“ mit den Propagandisten der Sowjetunion ins Leben gerufen. Wie es in Moskau tönt, hallt es aus der Parteizentrale der SPD zurück — und umgekehrt. Bahr bringt, so erklärt Willi Weiskirch, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verteidigung der Bundestagsfraktion, seine Partei — vor allem aber den von ihr gestellten Bundeskanzler — mit seiner Propaganda in eine prekäre Lage. Seine Behauptung, die Einführung der Neutronenwaffe unterliege der „allgemeinen Entscheidung des amerikanischen Präsidenten“, ist so nämlich falsch. Präsident Carter hat wiederholt wissen lassen, daß diese Entscheidung von der Solidarität aller Bündnispartner getragen werden müsse.

Es wäre höchst bedenklich, wenn vor der UNO-Abrüstungskonferenz und vor der Washingtoner NATO-Versammlung ausgerechnet von deutscher Seite der Eindruck erweckt würde, mit dieser Solidarität könnten die USA nicht — oder nicht mehr — rechnen. Die Neutronenwaffe stellt immerhin ein Waffensystem dar, daß beinahe ausschließlich der Verteidigung des europäischen Kontinents dienen soll.

Neue Affäre in NRW

„Die CDU in Nordrhein-Westfalen nimmt mit wachsender Sorge um das Ansehen des Staates in der Bevölkerung und die mögliche Beeinträchtigung des Vertrauens der Bürger in ihren Staat die Veröffentlichungen über angebliche Verquickungen von privaten und öffentlichen Interessen im Zusammenhang mit der Diskussion um das Engagement der WestLB und der Gewährung von Landesbürgschaften bzw. Zuschüssen an das Unternehmen Reichel zur Kenntnis.“

Das erklärte NRW-Oppositionsführer Heinrich Köppler zu der Affäre um das Textilunternehmen Reichel.

Dem inzwischen verstorbenen Rheinberger Textilunternehmer sollen führende FDP-Politiker mit der Gewährung öffentlicher Mittel aus seiner finanziellen Misere geholfen haben. U. a. hat auch die Westdeutsche Landesbank dem bis über beide Ohren in wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckenden Unternehmer mit erheblichen Krediten unter die Arme gegriffen.

Die CDU verlangt eine rückhaltlose Aufklärung aller in diesem Zusammenhang bekanntgewordenen Vorgänge durch die Betroffenen. Sie geht davon aus, daß die Mitglieder der Landesregierung in der Lage sind, die Vorwürfe umfassend zu klären. Ferner wird die Frage der Form des Engagements der WestLB, das Institut war immerhin Hauptkreditgeber, gleichzeitig in der Geschäftsführung des Unternehmens beteiligt und ist als Institut in Ausschüssen der Landesregierung ebenfalls beteiligt, in denen über Bürgschaftsangelegenheiten verhandelt wird.

Der fünfte Krefelder Ratsherr trat aus der SPD aus

Mit Alexander Winkler hat jetzt der fünfte prominente SPD-Politiker in Krefeld seinen Austritt aus der Partei erklärt. Winkler begründete seinen Austritt aus der Partei mit dem Hinweis, er wolle

sich nicht länger am Kampf um die Machtpositionen innerhalb der SPD beteiligen. Außerdem sei er politisch nicht mehr einer Meinung mit seinen Genossen. Die bereits aus der SPD ausgetretenen vier Ratsherren haben inzwischen die SDU (Soziale Demokratische Union) gegründet.

SPD mißt wieder mit zweierlei Maß

In Hannover ist der Justizminister Hans Puvogel (CDU) zurückgetreten. Die SPD, die sich sonst stets mit Vehemenz dagegen wehrt, daß man beispielsweise die extremistischen Frühschriften des Vorsitzenden Brandt oder seines Intimfeindes Herbert Wehner heute noch zitiert, hatte seine 42 Jahre alte Dissertation aus dem Archiv geholt und einen fatalen Antisemitismus in den damaligen Ansichten des um diese Zeit 25 Jahre alten Doktoranden Puvogel entdeckt.

Mit seinem Rücktritt hat der Minister, so der Landesvorsitzende Hasselmann, gerade im Zusammenhang mit dem anlaufenden Wahlkampf möglichen Schaden für das Land, seine Bürger und die Landesregierung verhindert. Dieses prompte und geradlinige Verhalten hat auch den ehrlichen Respekt seiner Parteifreunde verdient.

Hans Puvogel ist längst ein überzeugter und überzeugender Demokrat geworden. Und er hat sich auf das von der SPD im Falle Wehner immer wieder gebrauchte Argument gestützt, eine lange Tätigkeit für unseren demokratischen Staat wiege mehr als die Irrungen und Wirrungen der eigenen Frühzeit.

Hierzu erklärte CDU-MdB Reddemann in der „Aachener Volkszeitung“ u. a., in

den Augen der SPD hätte nicht seine frühere Dissertation die unvergebbare Sünde dargestellt, sondern sein Eintritt in die CDU. Wäre das anders, so hätte die SPD im Deutschen Bundestag nicht den Professor Friedrich Schäfer als stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Dieser ehrenwerte Mann, der auf Betreiben seiner Partei sogar Vorsitzender der Kommission für die Verfassungsreform werden durfte, hat ebenfalls in den braunen Jahren eine Dissertation voll des antisemitischen Ungeistes verfaßt. Aber nach 1945 trat er rechtzeitig der SPD bei ...

Ja auch zur kleinen Schule

Der Behauptung des hessischen SPD-Vorsitzenden, Ministerpräsident Börner, die Probleme, die in den nächsten Jahren durch die geburtenschwachen Jahrgänge auf die Bildungspolitik zukämen, ließen sich durch die Ganztagschule mit Fünftagewoche lösen, hat die stellvertretende CDU-Vorsitzende, Hanna-Renate Laurien, entschieden widersprochen. Die Ganztagschule sei nur als Angebot, nicht als Pflichtform vertretbar, erklärte sie. Pflicht-Ganztagschule bedeute einen abermaligen Eingriff in die Familie, ihre Freiheit und Gemeinsamkeit. Laurien widerspricht auch ausdrücklich der Behauptung, daß angesichts des Geburtenrückganges leistungsfähige Schulen nur mit wachsenden Schulwegen zu erhalten seien, und setzt sich für die einzügige Schule in dünner besiedelten Gegenden ein, wie es das rheinland-pfälzische Schulgesetz bereits ermöglicht. Nicht die Größe eines Schulsystems, sondern seine Erziehungsstärke sei Qualitätsmaßstab. Die Fülle möglicher Wahlfächer könne nicht der einzige Maßstab sein. Die CDU sage Ja auch zur kleineren und damit lehrteureren Schule.

■ BRESCHNEW-BESUCH

Was die Bundesregierung dem KP-Chef sagen sollte

Seit einigen Wochen verhärtet die Sowjetunion ihren Ton gegenüber dem Westen. Eine von ihr befohlene und koordinierte Kampagne ist in allen Massenmedien der Ostblockländer zu beobachten. Die amerikanische Führung soll mit groben Mitteln auf die sowjetische Linie, auf den sogenannten Entspannungsfahrplan gedrängt werden. Zu der gegenwärtigen West-Ost-Diskussion, insbesondere den Prawda-Angriffen gegen Präsident Carter und Spekulationen um den bevorstehenden Breschnew-Besuch in Bonn, erklärt der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Werner Marx:

Die sowjetische Kampagne zielt gegen die westliche Absicht, die Neutronenwaffe zu bauen und in Europa zu stationieren. Die Sowjets fürchten, daß diese Waffe ihr gesamtes militärisches Konzept in Europa über den Haufen werfen könnte.

Die Haltung der CDU/CSU in all diesen Fragen ist ganz klar:

1 Sie hat, angesichts der gewaltigen sowjetischen Rüstung und Bedrohung Europas, sich für eine moderne Ergänzung der westlichen Verteidigungsmittel entschieden und ermuntert die Führungsmacht Amerika, die Neutronenwaffe zu bauen.

2 Sie weist auf die weitaus gefährlicheren, bereits in Dienst gestellten und auf jeden Punkt Europas gerichteten sowjetischen SS 20 Raketen hin, deren Mehrfach-Sprengköpfe eine eminent vernichtungsgefähr enthalten.

3 Wenn Breschnew im Mai die Bundesrepublik Deutschland besucht, wird es eine Fülle von interessanten Themen geben, die diskutiert werden können. Vor allem um die Menschen und ihre unveräußerlichen Rechte muß es dabei gehen und um die Frage, warum die Sowjetunion ihre einst feierliche Unterschrift unter das KSZE-Schlußdokument nun nicht mehr ernst nimmt.

4 Mit der Bundesrepublik Deutschland gibt es über die Neutronenwaffe nichts zu verhandeln. Unsere Gesprächspartner in dieser Frage sind die USA und die anderen NATO-Partner, nicht die Sowjetunion.

5 Die CDU/CSU wird sich mit aller Entschiedenheit gegen weitere Versuche einiger SPD-Politiker, wie z. B. Bahr und Pawelczyk wenden, die versuchen, die Bundesregierung, vor allem den Bundeskanzler und den Bundesaußenminister, auf einen Kurs festzulegen, der mit zu ausführlichem Beifall aus Moskau und Ost-Berlin bedacht wird. Sie hofft, daß es der Bundesregierung gelingt, im Rahmen des Bündnisses und im engen Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten bald die notwendigen, unsere Sicherheit und Freiheit betreffenden Entscheidungen zu fällen.

■ TERRORISMUS

Lehren aus Italien ziehen

Als unser Land im vergangenen Jahr drei schreckliche Terroranschläge erleben mußte, war von der Regierungskoalition ständig zu hören, Fahndung sei das Gebot der Stunde, die Forderung der CDU/CSU nach wirksamen Gesetzen zur Bekämpfung des Terrorismus wurde dagegen als Hysterie abgetan. Was die Fahndung erbracht hat, ist inzwischen bekanntgeworden: Schwere und verhängnisvolle Pannen, die auf grundsätzliche Führungsfehler in der Spitzte zurückzuführen sind.

Noch nach der Ermordung des Generalbundesanwalts und seiner Begleiter hat die Bundesregierung es versäumt, ein wirksames Fahndungskonzept für den Ernstfall zu entwickeln. Ebenso schlimm ist das Bild, das die Koalition — und insbesondere die SPD — bei der dringend erforderlichen Gesetzgebung zur Bekämpfung des Terrorismus gezeigt hat.

Zu diesem Tatbestand erklärt der Vorsitzende des Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik der CDU/CSU-Fraktion, Heinz Eyrich: Um wirksam fahnden zu können, brauchen die Strafverfolgungsbehörden gesetzliche Grundlagen: Eine systematische Fahndung nach einem Anschlag erfordert unter Umständen die Durchsuchung ganzer Wohnblocks. Dazu muß die Polizei ermächtigt sein. Die Fahndung erfordert möglicherweise auch die Durchsuchung von Autos, die

Überprüfung aller Personen, die sich in einem bestimmten Bereich bewegen, oder es erweist sich als erforderlich, daß Personen, die sich nicht ausweisen können, festgehalten werden dürfen, bis ihre Identität festgestellt wird. Für alle diese Maßnahmen braucht die Polizei eine gesetzliche Grundlage.

Diese gesetzlichen Grundlagen fehlten in unserem Recht. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat vorgeschlagen, sie zu schaffen. Was die Koalition von diesen Vorschlägen übriggelassen hat, ist ein für den Ernstfall so grobmaschiges Netz, daß die Terroristen mit Leichtigkeit hindurchschlüpfen werden.

In unserem Lande hat die Herausforderung des Staates durch den Terrorismus leider nicht zu der Solidarität geführt, die an den Gräbern der Opfer auch von denen gefordert wurde, die später nicht den Willen oder nicht die Kraft aufbrachten, wirksame Maßnahmen gegen den Terrorismus zu unterstützen. Hier können wir in der Tat von den Italienern lernen. In Italien sind ganze Wohnviertel nach den Terroristen und ihrem Opfer durchsucht worden. Im Verlauf einer Fahndung dürfen Personen, die sich nicht ausweisen können, zur Identifizierung notfalls bis zu vier Tagen festgehalten werden.

Man mag über diese Maßnahmen — die weit über das hinausgehen, was jemals in unserem Lande zur Debatte stand — denken wie man will. Zwei Dinge erscheinen mir jedenfalls wesentlich: Die Italiener stellen nicht selbst ihre Rechtsstaatlichkeit in Frage und gewinnen dadurch das einmütige Zusammenstehen aller politischen Gruppierungen in der Reaktion auf die letzte große Herausforderung durch den Terrorismus. Diese Einigkeit wünschen wir uns auch für unser Land.

■ BUNDESGRENZSCHUTZ

Klagen über zunehmende Zweckentfremdung der Verbände

Kann der Bundesgrenzschutz seinen gesetzlichen Aufgaben im Ernstfall noch gerecht werden? Zweifel hieran sprechen aus einer kleinen Anfrage, mit der die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Situation des BGS aufhellen will. Dazu stellt der Bundestagsabgeordnete Hans-Joachim Jentsch, fest:

Nach dem BGS-Gesetz vom 18. August 1972 obliegt dem Bundesgrenzschutz der „grenzpolitische Schutz des Bundesgebietes“. Darüber hinaus muß er für den Einsatz „zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitlich demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes“, also für den Fall des Artikel 91 des Grundgesetzes, bereitstehen. Ist der BGS hierauf vorbereitet?

Es besteht Grund zur Annahme, daß die Hundertschaften im Ernstfall bei weitem nicht mit voller Stärke antreten können. Man wird höchstens von der Hälfte ausgehen müssen. Der andere Teil wird für Einzeldienstaufgaben außerhalb der Regelung des BGS-Gesetzes eingesetzt oder befindet sich noch im Stadium der Ausbildung.

Die Folge ist, daß Übungen im Verband, etwa mehrere Einsatzabteilungen, kaum oder gar nicht stattfinden. Geländegängige Fahrzeuge wurden zumindestens in der Vergangenheit durch nicht geländegängige ersetzt. Einsatzabteilungen

wurden in Ausbildungsabteilungen umgewandelt. Unabhängig von der Richtigkeit und Zweckmäßigkeit der Neuordnung der Ausbildung durch das Personalstrukturgesetz vom 3. Juni 1976 hat diese zu einer mindestens zeitweisen erheblichen Zunahme von nicht fertig ausgebildeten Angehörigen des BGS geführt, die bereits in die Verbände eingegliedert sind.

Zur Einschränkung der operativen Beweglichkeit des BGS führte auch die Reduzierung des technischen Fachpersonals, der fachtechnischen Ausbildung sowie des technischen Gerätes. Weitere Nachteile drohen durch Modellvorstellungen, die Einbindung der Verwaltungsbeamten im BGS in die Verbände so weit abzubauen, daß hierdurch Führung und Versorgung im Einsatz fraglich werden.

Kein Wunder, daß die Klagen aus dem BGS über weitere Ausdünnung der Verbände, über schwerwiegende Organisationsmängel und über den Verschleiß junger BGS-Beamte in Einzeldienstaufgaben unter unzumutbaren Bedingungen zunehmen.

Es besteht der Verdacht, daß die Bundesregierung den notwendigen Taten, die einem Bekenntnis zum Charakter des BGS als Polizeitruppe folgen müssen, ausweicht. Die CDU/CSU verlangt hierüber Klarheit. Die Sicherheit unseres Landes erfordert einen voll einsatzfähigen Bundesgrenzschutz.

■ BUNDESBAHN

Gscheidle auf dem „falschen Dampfer“

Unter dem Druck der zugespitzten Verhältnisse bei der Bundesbahn legte Bundesverkehrsminister Gscheidle Vorschläge zur Sanierung des Bundesunternehmens auf den Tisch, die einen freien Verkehrsmarkt stören und denen gegenüber erhebliche ordnungspolitische Bedenken zu erheben sind. Zu den neuesten Sanierungsplänen stellt MdB Dionys Jobst fest:

Der Auftrag der Bundesregierung an den Bundesbahnvorstand, den Bilanzverlust der Bahn von jährlich vier Mrd. DM zu tilgen, die jährlichen Bundeszuschüsse von derzeit rd. 14 Mrd. DM abzubauen und ein weiteres Ansteigen des Schuldenstandes der Bahn zu bremsen, läßt sich so nicht realisieren. Das Frachtaufkommen der Bundesbahn leidet unter der Stahlkrise, die Personalkosten steigen weiter und eine Reduzierung des Personalbestandes stößt auf große Schwierigkeiten.

Anstatt dem Leistungsauftrag durch Rationalisierung und durch Ausbau und Modernisierung des Leistungsangebotes der Bahn Rechnung zu tragen, was einer sofortigen Verabschiedung eines mittelfristigen Investitionsprogramms bedürfte, diskutiert die Bonner Ministerrunde Sanierungsvorschläge, die in der Hauptsache zu Lasten der Bevölkerung und der Wirtschaft in den ländlichen Räumen gehen: Anhebung der Kraft-

fahrzeugsteuer, Transportverbot für schwere Güter auf der Straße, Belastung des gewerblichen Güterfernverkehrs und des Werkfernverkehrs und Senkung der Kilometerpauschale — fürwahr schwere Geschütze, die der Bundesverkehrsminister da auffährt.

Daß die Vorschläge des Verkehrsministers den konjunkturpolitischen Erfordernissen völlig widersprechen, versteht sich von selbst. Gegen Gscheidles „Flankenschutzmaßnahmen“ müssen aber auch erhebliche ordnungspolitische Einwände geltend gemacht werden.

Eine Sanierung und Leistungssteigerung der Bundesbahn läßt sich nicht durch Transportverbote, Transportkapazitätsbeschränkungen, staatlich verordnete Kostenerhöhungen anderer Verkehrsträger und direkte Preisbeeinflussungen realisieren. Ginge es nach Gscheidles Plänen, so würde der Verkehrsmarkt nicht mehr durch die Leistungsfähigkeit der Unternehmen, sondern durch direkte und indirekte Interventionen staatlicher Stellen reguliert.

„Verkehrspolitik muß wieder stattfinden“, stellt Dieter Schulte, verkehrspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, zum gleichen Thema fest und fährt fort: Der nunmehr begonnene ordnungspolitische Anlauf zur Verbesserung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Bahn ist schon in den Ankündigungen mit so viel Widersprüchen behaftet, daß es an ein Wunder grenzen würde, wenn dabei etwas Brauchbares herauskomme. Schließlich ist abzusehen, wie auch die hochtrabenden Pläne zur Neuorganisation der Busdienste von Bahn und Post und zur Neuorganisation des öffentlichen Nahverkehrs insgesamt in sich zusammenbrechen.

■ WIRTSCHAFT

Beschlüsse der SPD demontieren die Soziale Marktwirtschaft

„Auf Kriegsfuß mit der Sozialen Marktwirtschaft“ heißt eine von der CDU in Bonn vorgelegte Dokumentation, die sich kritisch mit den wirtschaftspolitischen Beschlüssen des letzten SPD-Parteitages befaßt. Dazu erklärt der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Wirtschaftspolitik MdB Elmar Pieroth:

Ahnlich für die Veröffentlichung dieser Studie sind Verlauf und Ergebnisse des letzten Parteitages der SPD. Als Folge geschickter Parteitagsregie hat die Öffentlichkeit wenig davon Kenntnis genommen, daß Hamburg ein Parteitag der „zwei Gesichter“ war. Während die offiziellen Reden und die Beschlüsse zur Energiepolitik einen gemäßigten Kurs signalisierten, hat der Parteitag bei den wirtschaftspolitischen, „strukturpolitischen“ Beschlüssen die Katze aus dem Sack gelassen.

Unter dem Deckmantel „vorausschauende Strukturpolitik“ und „humanes Wachstum“ wurde ein in sich geschlossenes, zielgerichtetes System des Interventionismus beschlossen. Es reicht von der Wirtschaftspolitik (Meldepflicht von Investitions- und Personalplanungen, Zwangsrücklagen der Unternehmen) über die Finanzpolitik (vermehrtes deficit spending, Ausweitung des öffentlichen Dienstes und damit des Staatssektors) und die Strukturpolitik (Strukturräte) bis hin zur Einschränkung der

Autonomie der Bundesbank (Aktivreserve).

Die Beschlüsse der SPD demontieren die Soziale Marktwirtschaft. Wenn nämlich die einzelwirtschaftliche Entscheidung gesteuert wird, gibt es keine verantwortliche unternehmerische Entscheidung, keine Begründung für persönliche Haftung mit privatem Eigentum. Der Verbraucher wird bevormundet.

Die CDU will den Markt geordnet, die SPD schnürt ihn ab. Die CDU bejaht die Steuerungsfunktion des Marktes innerhalb der staatlichen Rahmendaten, weil der Markt am leichtesten Millionen von privaten Entscheidungen koordiniert, Millionen von Produkten und Dienstleistungen zwischen Anbietern und Nachfragern abstimmt, weil er flexibel auf die Änderung von Bedürfnissen reagiert und weil er am besten zur freiheitlichen Demokratie paßt.

Demgegenüber gehört selbständiges Handeln und damit das Bild einer kreativen Gesellschaft nicht zum von der SPD beschlossenen ideologischen Konzept. Deshalb ist die SPD auch nicht in der Lage, Kräfte zu mobilisieren und zu motivieren, die uns aus der Wirtschaftskrise führen können. Ihre Vorschläge zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Bewältigung des Strukturwandels, Überwindung der Wachstumsschwäche und der Investitionskrise sind daher zum Scheitern verurteilt.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

TERMINE

10. 4. **CDU — Bund**, Präsidium
11. 4. **LV Bremen**, Landesausschuß, Bremen
12. 4. **CDU — Bund**, Landesgeschäfts-führerkonferenz, Bonn
13. 4. **LV Bremen**, Landesvorstand, Bremen
14. 4. **LV Schleswig-Holstein**, Landesvorstand
14. 4. **CDU — Bund**, BFA „Sport“, Sitzung des Arbeitskreises „Leistungssport“, Bonn
14. 4. **LV Westfalen-Lippe**, Landesvorstand, Dortmund
15. 4. **CDU Niedersachsen**, Sozial-politischer Kongreß, Northeim
15. 4. **CDU — Bund**, Frauenvereinigung, Hauptausschuß und Vorstand, Bonn
15. 4. **CDU Niedersachsen**, Landesvorstand, Northeim
15. 4. **LV Rheinland**, Sozialausschüsse, Landestagung der DGB-Arbeitnehmerschaft
15. 4. **LV Hessen**, Fachtagung „Innere Sicherheit“, Darmstadt
15. 4. **JU Rheinland-Pfalz**, Landesausschuß
- 15./16. 4. **JU Hessen**, 48. Landestag, Mörfelden-Walldorf

15. 4. **LV Hessen**, Frauenvereinigung, Landesdelegiertentag, Bad Nauheim
16. 4. **JU Bremen**, Landestag, Bremen
17. 4. **LV Baden-Württemberg**, Präsidium und Landesvorstand, Stuttgart
17. 4. **LV Berlin**, Landesvorstand, Berlin
18. 4. **EAK d. CDU/CSU — Bund**, Bundesvorstand, Bonn
- 19./20. 4. **CDU — Bund**, Wissenschaftliche Fachtagung zum Thema „Bürokratisierung“, Bonn
- 19./21. 4. **LV Schleswig-Holstein**, Frauenvereinigung, Hauptausschuß, Bonn
21. 4. **CDU — Bund**, Empfang durch den Parteivorsitzenden anlässlich des 65. Geburtstages von Kai Uwe von Hassel, Bonn
21. 4. **CDU — Bund**, Bundesvorstand, Bonn
21. 4. **CDU — Bund**, BFA „Wirtschaftspolitik“, Bonn
- 21./22. 4. **BV Südbaden** Waldshuter Kongreß der CDU und CVP, Waldshut-Tiengen
- 22./23. 4. **JU Baden-Württemberg**, Jugendkongreß, Müllheim-Feldberg
23. 4. **LV Bremen**, Landesparteitag, Bremen
28. 4. **LV Hessen**, Landesvorstand, Gießen
28. 4. **LV Hessen**, Kreisgeschäftsführertagung, Lich
28. 4. **LV Hessen**, Hearing „Schulaufsicht“, Darmstadt

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. **Verlag**: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 21 80 40. **Verlagsleitung**: Peter Müllenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung**: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00. Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck**: VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD